

"Das liebe Geld..."

von Ulrich Friedrich Koch

Unter dieser Überschrift beschreibt Josef Franz in der letzten Ausgabe des Bickenbacher Magazins eine Erfolgsbilanz von Bürgermeister Martini bezogen auf die Entwicklung der Gemeindefinanzen. In den Jahren seiner Amtsausübung seit Januar 1994 wurde 'der Schuldenstand stetig gesenkt', 'die Rücklage ausgebaut', das Gewerbesteueraufkommen gesteigert und 'der Negativtrend gestoppt'. "Für Bürgermeister Martini ist diese positive Entwicklung der Lohn vieler Entbehnungen..." Die CDU bezeichnet dies in ihrer Wahlbroschüre mit 'Stabilisierung der Gemeindefinanzen'. Noch deutlicher wird Günter Martini selbst im 'Gießener Morgenmagazin' vom 18.04.1999 : "Was die Steuern und Finanzen anbelangt, so Martini, habe er das einst verschuldete Bickenbach auf einen Spitzenplatz der Gemeinden in Hessen gebracht."

Zwischen den Zeilen werden zwei Botschaften übermittelt:

- Im Januar 1994 befanden sich die Finanzen der Gemeinde Bickenbach in einem beklagenswerten Zustand...
- Bürgermeister Martini hat die Gemeindefinanzen Bickenbachs saniert...

Ich hör' die Botschaft wohl, allein mir fehlt der Glaube.

Im März 1993 wurde ich anlässlich der Kommunalwahl in die Bickenbacher Gemeindevertretung gewählt. Zur ersten Sitzung im April 1993 wurde allen neuen GemeindevertreterInnen ein Exemplar des gültigen Haushaltes 1993 ausgehändigt. Ich fand einen Haushalt vor, der gemessen an den gemeindlichen Bauvorhaben und Planungen - damals aktuell: Eisenbahnüberführung und Kindertagesstätte Hasentanne- und den damit zwangsläufig verbundenen Kreditaufnahmen 'gesund' war. Von den bis März 1993 politisch Verantwortlichen sind heute die meisten nicht mehr in Amt und Würden (bzw. in der Verwaltung tätig) und können sich gegen solche Äußerungen nicht zur Wehr setzen. Und die Bürgerin / der Bürger vergißt offenbar schnell...

Laut Hessischer Gemeindeordnung ist der Beschluß der Haushaltssatzung und damit des Haushaltes einschließlich des Finanz- und Investitionsprogramms originär Angelegenheit der Gemeindevertretung. Aufgabe des Verwaltungschefs ist es, dem Gemeindevorstand (der 'Gemeinderegierung') einen Entwurf für den neuen Haushalt vorzulegen. Der Gemeindevorstand, nicht der Bürgermeister, beschließt daraus eine Entwurfsfassung an die Gemeindevertretung (das 'Gemeindeparlament'). Politisch verantwortlich für den Inhalt und damit alle geplanten Ausgaben, Kreditaufnahme, Schuldentilgung, Ansparung oder Entnahme aus der Rücklage, Höhe der gemeindlichen Steuerhebesätze sowie des Haushaltsausgleichs ist und bleibt die Gemeindevertretung (das 'Gemeindeparlament'). Wenn in diesem Bereich Verdienste zu erwerben waren bzw. wie ich glaube auch erworben wurden, so stehen sie der Gemeindevertretung und nicht dem Bürgermeister zu. Günter Martini schmückt sich also mit fremden Lorbeeren...

PS zum ersten: Der hohe Stand der gemeindlichen Rücklage geht nahezu ausschließlich auf hohe Gewerbesteuerzahlungen zurück, welche in der Höhe, wie sie in den letzten drei Jahren geflossen sind, so weder vom Bürgermeister und dem Gemeindevorstand, noch von der Gemeindevertretung erwartet und demzufolge auch nicht in den Haushaltsplan eingestellt wurden. Die -freudige- Überraschung wurde jeweils erst mit der Beschlußfassung über den Nachtragshaushalt gegen Ende der Haushaltsjahre realisiert. Da die 'Gewerbesteuer' aber eine 'launige Fee' (Günter Keil) ist, sind solche Zuwächse nicht in jedem Jahr selbstverständlich. Dies kann sich Günter Martini keinesfalls als Verdienst an die eigene Brust heften.

PS zum zweiten: Sehr wohl verantwortlich ist Günter Martini jedoch für Anträge an die Gemeindevertretung auf Gewährung über- bzw. außerplanmäßiger Haushaltsmittel. Hier gab es im letzten halben Jahr zwei Gelegenheiten (Kanalbaumaßnahme im Gewerbegebiet II und Nachforderungen der Betreiberin der Kita Hasentanne), für die jeweils etwa DM 50.000 als Nachschlag von der Gemeindevertretung beantragt worden sind. In beiden Fällen ist der Bürgermeister als Verwaltungschef den Nachweis schuldig geblieben, daß diese Anlässe 'unabweisbar' und 'unvorhersehbar' gewesen sind, wie es die 'Hessische Gemeindeordnung' als unverzichtbare Bedingung fordert. Soviel zu den Fähigkeiten von Bürgermeister Martini in Sachen Haushaltsführung...

PS zum dritten: Bürgermeisterkandidat Günter Martini macht auch finanzielle Versprechungen bezüglich einer möglichen weiteren Amtszeit: **"Zukünftige Investitionen möchte unser Bürgermeister Günter Martini aus angesparten Mitteln und ohne Neuverschuldung finanzieren."** (CDU-Wahlkampfbroschüre vom Juni 1999) Zu diesen Investitionen zählt die CDU: Ortsmittelpunkt/Rathausplatz/Jagdschloßanlage, Westumgehung, Erweiterung des Gewerbegebietes, Sanierung und Erweiterung des Bürgerhauses und Umbau und Erweiterung der Friedhofshalle. Laut Haushaltsplan 1999 wird sich der Stand der Rücklage zum Jahresende voraussichtlich auf rund 7,5 Million DM belaufen. Die ist aber nicht in voller Höhe verfügbar, weil die Rücklage einen Mindestbetrag für den Ausgleich finanzieller Risiken enthalten muß. Martinis neueste Schätzung der Kosten für die Westumgehung bewegen sich in der Größenordnung von 7 Millionen DM. Vor zwei Jahren lag er noch bei einer Preislage unter 5 Millionen für dieses Projekt - die Inflationsrate schon der Kostenschätzungen ist beträchtlich. Die Eisenbahnüberführung Berta Benz Straße kosteten runde 12 Millionen DM. Über zu erwartende Zuschüsse von Land und/oder Bund für das neue Projekt Westumgehung besteht keinerlei Klarheit. Soviel zur Zukunft...